

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

bm:uk

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0175-III/4a/2012

11564 /AB

24. Juli 2012

zu 11760 /J

Wien, 18. Juli 2012

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 11760/J-NR/2012 betreffend sozialwissenschaftliche Grundlagen zur Situation der Kulturinitiativen und ihrer MitarbeiterInnen, die die Abg. Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen am 25. Mai 2012 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Einleitend wird auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 10988/J-NR/2012 der Abg. Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Umsetzung des Entschließungsantrages 1598/A(E) zur gerechten Bezahlung für KulturarbeiterInnen mit Schreiben vom 2. Mai 2012 hingewiesen und festgehalten, dass die IMAG in ihrem längerfristig angesetzten Arbeitsprozess generell mit der Thematik Arbeitsbedingungen und finanzielle Absicherung von Kulturarbeiterinnen und -arbeitern befasst ist. Da für Strukturfragen wie Sicherung der Basiskosten von Kulturinitiativen, in erster Linie Gemeinden und Landesregierungen zuständig sind, während der Bund über seine Kunstförderungsmittel – den Kriterien des Kunstförderungsgesetzes folgend – in aller Regel nach dem Prinzip der Subsidiarität nur ergänzend Projekte und Programme fördert, wären eben die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erste Ansprechpartner für die finanzielle und soziale Lage der Kulturarbeiterinnen und -arbeiter in Kulturinitiativen.

Am 25. Mai 2012 fand im Krems die Landeskulturreferententagung statt, wo das Thema der „FAIR PAY-Kampagne“ für Kulturarbeiterinnen und -arbeiter generell sowie den diesbezüglichen IMAG-Aktivitäten hinsichtlich der Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern im Besonderen seitens des Bundes vorgebracht wurden. Da für die regionalen Kulturinitiativen bzw. die dort tätigen Kulturarbeiterinnen und -arbeiter in erster Linie die Länder und Gemeinden zuständig sind, wurden die Kulturreferenten der Länder zu ihrer Haltung bezüglich einer geforderten Erhebung von entsprechenden Daten angefragt.

Die Bundesministerin:

